



NEUE PLATTFORM ZUR BELEBUNG DER WOHN(BAU)POLITIK IN ÖSTERREICH GEGRÜNDET: FORUM WOHN-BAU-POLITIK

Die österreichische Politik beschäftigt sich bevorzugt in Wahlkampfzeiten mit wohn(bau)politischen Fragestellungen – die Thematik eignet sich hervorragend, um ideologische Positionen abzustecken und die WählerInnenschaft zu emotionalisieren. Was fehlt, ist eine sachliche und gesamtheitliche Betrachtung des Systems Wohnbau und kontinuierliche Arbeit an den großen wohn(bau)politischen Baustellen – z. B. in den Bereichen Raumordnung, Wohnrecht oder Wohnbauförderung. Aus diesem Grund wurde das „Forum Wohn-Bau-Politik“ gegründet.

„Unser Ziel ist die Schaffung einer Ideen-Plattform, die einen öffentlichen Bewusstseinsbildungsprozess in Gang setzen möchte, um den seit Jahrzehnten vorherrschenden Reformstau in Bewegung zu bringen“, meint Initiator und Vorstandsmitglied **Jörg Wippel**.

„Leistbares Wohnen, die energetische Sanierung des Altbaubestands, nachhaltiges Bauen, der Umgang mit Grund und Boden, die Siedlungsweise der Zukunft und vieles mehr müssen neu gedacht werden. Das erfordert sowohl neue architektonische und raumplanerische Konzeptionen als auch eine Überarbeitung der Rechts- und Technik-Vorschriften in diesem Sektor“, betont **Franz Fischler**, Ehrenpräsident des Vereins und Präsident des Europäischen Forums Alpbach, welches das Forum Wohn-Bau-Politik unterstützen wird.

Barbara Ruhsmann, Obfrau des neu gegründeten Vereins, meint: „Was uns auszeichnet, ist die gesamtheitliche Sichtweise. Wir denken Raumordnung, Verkehrsplanung und Siedlungsentwicklung zusammen. Und wenn wir z. B. über die Zukunft der Wohnbauförderung nachdenken, möchten wir gleichzeitig auch die Ideologie und Praxis des österreichischen Finanzausgleichs diskutieren, wie das heuer auf unsere Initiative hin bei den Alpbacher Baukulturgesprächen geschieht.“

Harald Frey vom Institut für Verkehrswissenschaften der TU Wien und ebenfalls im Vereinsvorstand nennt als konkretes Anliegen die Aufhebung der Stellplatzverpflichtung: „Autoabstellplätze sind von den Wohnungen grundsätzlich zu trennen – baulich, finanziell und organisatorisch.“ Dadurch dass die Bauordnungen derzeit eine Stellplatzverpflichtung vorschreiben, werden die Kosten für Garagen in die Wohnungskosten (Kaufpreis oder Miete) integriert. Dabei sinkt der Bedarf an Stellplätzen, während die Nachfrage nach günstigerem Wohnraum steigt.



Für den Ehrenvorstand des Vereins konnte auch **Ulrike Böker**, Bürgermeisterin der Best-Practice-Baukulturgemeinde Ottensheim gewonnen werden. Ein besonderes Anliegen ist ihr eine Wohnbaukultur, die Menschen dazu motiviert, wieder in den ländlichen Raum zurückzukehren. Dabei sind „technologische Innovationen alleine nicht das Allheilmittel. Innovationspotenziale stecken vor allem in den sozialen Dimensionen.“

Nächste Schritte:

Am 23. Juni wird in der Seestadt Aspern unter dem Titel „**Zwischendrin – Vom Wohnen im Draußen**“ die erste Veranstaltung des Forum Wohn-Bau-Politik stattfinden. Im Fokus die Frage, was von wem getan werden muss, um Wohnumfelder optimal zu gestalten.

Im Rahmen der **Alpbacher Baukulturgespräche**, die von 3. bis 4. September 2015 zum Thema „Auf Geld bauen. Gleichheit produzieren oder Ungleichheit aushalten“ stattfinden, wird das Forum Wohn-Bau-Politik seine Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Wohnbauförderung präsentieren.

Rückfragehinweis: Barbara Ruhsmann, 0699 1032 5044,
barbara.ruhsmann@forumwohnbaupolitik.at



Forum Wohn-Bau-Politik

Inhalte und Zielsetzung

Das Forum Wohn-Bau-Politik ist eine überparteiliche, interdisziplinäre Initiative, die sich für eine Erneuerung und Reformierung der österreichischen Wohn(bau)politik einsetzt. Es versteht sich als Ideen-Plattform, die einen öffentlichen Bewusstseinsbildungsprozess in Gang setzen möchte, um den seit Jahrzehnten im Bereich Wohn(bau)politik vorherrschenden Reformstau in Bewegung zu bringen.

Durch gezielte Informationsarbeit (Veranstaltungen, Medienarbeit, etc.) soll bei der Bevölkerung, aber auch bei politischen Verantwortungsträgern kontinuierlich Überzeugungsarbeit für eine zukunftsgerichtete und nachhaltige Wohn(bau)politik geleistet werden.

Das Forum zeichnet sich durch eine systemische Sicht auf wohn(bau)politische Vorgänge aus – es hat immer den Gesamtbogen vor Augen. An Hand sehr konkreter realer Beispiele der heimischen Wohn(bau)politik soll aufgezeigt werden, welche Maßnahmen notwendig wären. Zu diesen Diskursen werden Stakeholder und Betroffene genauso eingeladen wie Verantwortungsträger unterschiedlicher administrativer und politischer Ebenen. Der Leitgedanke: Bewusstseinsbildungsprozesse müssen auf allen Ebenen stattfinden, müssen „durchdiffundieren“.

Das Forum Wohn-Bau-Politik versteht sich als Impuls- und Ideengeber und agiert unabhängig von politischen Parteien und Interessenverbänden.

Inhalte und Zielsetzung des Forum Wohn-Bau-Politik basieren auf den Ergebnissen der Veranstaltung „Re:think | Wohn.Bau.Politik“, die im März 2014 vom Europäischen Forum Alpbach und der wvg Bauträger Ges.m.b.H. organisiert wurde.

Folgende **Forderungen** bilden den Ausgangspunkt der Aktivitäten des Forums Wohn-Bau-Politik:

- **Österreich braucht eine neue Raumordnungspolitik**, die der ungebremst voranschreitenden Bodenversiegelung und der Zersiedelung des Landes Einhalt gebietet. Wir erachten drei Forderungen als besonders dringlich:
 - a) Die Verletzung von Raumordnungszielen muss künftig Sanktionen nach sich ziehen.
 - b) Die Verantwortung für die Flächenwidmung muss von den Gemeinden zum Land verlagert werden.
 - c) Der Verdichtung des Bestands muss Vorrang eingeräumt werden vor dem Neubau.
- **Österreich braucht ein neues Bundeswohnrecht**, das alle bisherigen Wohnrechtsgesetzgebungen (MRG, WGG, WEG) umfassend reformiert. Eine Reform des Wohnrechts darf sich nicht in einem sozialpartnerschaftlichen Kompromiss beim Mietrechtsgesetz (MRG) erschöpfen, sondern muss die drei bisher getrennt behandelten Bereiche MRG, Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz (WGG) und Wohnungseigentumsgesetz (WEG) zusammendenken.
- **Die Wohnbauförderung muss an Sozialziele gebunden** und prioritär dafür verwendet werden, Wohnraum für die einkommensschwachen Schichten der Bevölkerung bereit zu stellen, ohne dabei die Leitidee der sozialen Durchmischung zu verlieren.
- **Die Realisierung der wohnpolitischen Aufgabenstellungen**, wie sie z. B. im Regierungsprogramm für die Legislaturperiode 2013 bis 2018 festgehalten sind, müssen rasch in Angriff genommen werden; insbesondere die Sicherstellung des leistbaren Wohnens, die Schaffung einer bundesweiten strategischen Raumplanung sowie die Etablierung einer österreichischen Normenstrategie.
- **Wohnbauforschung, Wohnbedarfsforschung und Wohnbaukulturforschung müssen verstärkt gefördert werden**, um die Grundlagen für dringend notwendige soziale, ökonomische und ökologische Innovationen zu schaffen.



Wege der Kommunikation

- Alljährliche Gestaltung eines Panels bei den Alpbacher Baukulturgesprächen
- Diskussionsrunden, Hearings, Round Table-Gespräche etc.
- Begleitende Medienarbeit bzw. auch Kooperation mit einzelnen Medien
- Internet-Foren

Struktur

Das Forum Wohn-Bau-Politik wird als gemeinnütziger Verein errichtet.

Mitglieder des Ehrenvorstands:

Jörg Wippel, geschäftsführender Gesellschafter, wvg Bauträger Ges.m.b.H.

Franz Fischler, Präsident, Europäisches Forum Alpbach

Ulrike Böker, Bürgermeisterin, Gemeinde Ottensheim

Mitglieder des Vorstands:

Barbara Ruhsmann, Obfrau

Harald Frey, Obfrau-Stellvertreter

Andrea Jany, Schriftführerin

Barbara Modliba, Kassierin

Kooperationspartner, Sponsoren

- Europäisches Forum Alpbach
- Technische Universität Wien
- Private und gemeinnützige Bauträger
- Medienpartner

Kontakt

Forum Wohn-Bau-Politik

Mag. Barbara Ruhsmann

Barichgasse 40-42

1030 Wien

M: +43 (0)699 1032 5044

E: barbara.ruhsmann@forumwohnbaupolitik.at